

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis vierteljährlich 6000 Mfr. ... Verantwortlicher Schriftleiter: Paul Haase ... Erscheint wöchentlich am Samstag

Die wichtigste Lohnfrage

Der Februarversuch der Reichsregierung, mit Hilfe der Reichsbank den Markwert zu festigen und damit der rasenden Teuerung Einhalt zu tun, wird als gescheitert angesehen.

Dieses Bemühen wird, wie vorher, so auch jetzt vergeblich sein. Es muß vergeblich sein, wie die Erfahrung von Jahren ebenso beweist, wie theoretische Überlegung.

Dafür werden verschiedene große Mittel erörtert und mit Recht empfohlen, wie Steigerung der Gesamtleistung unserer Arbeit, Verminderung des Verbrauchs durch zweckmäßigste Haushaltsführung.

Wenn auch das Versäulen Zwangsdebit und seine letzte Auswirkung, die Ruhrbesetzung, die Hauptursache unseres Wirtschaftskrisenfalls ist, so wäre es doch ganz verkehrt, die Schuld ausschließlich darauf zu schieben.

Wenn wir auch Steuern auf Steuern häufen und mit immer tiefergehenden Einnahmezahlen aufwarten, so nützt das offensichtlich gar nichts. Und ich wage die Behauptung, daß die heutigen Reichsfinanzen besser als heute dastehen könnten, wenn wir die meisten dieser Steuern nicht hätten.

Der Grundfehler ist, daß wir Verkehr und Verbrauch belasten und damit verteuern, die Steuern auf Einkommen und Vermögen ganz unzureichend und unsozial ausgestaltet.

Des gilt vor allem von der Steuer auf Grundrente. Unter Grundrente verstehen wir das Einkommen, das jemand aus dem Eigentum an Boden zieht.

Diese rein aus dem Monopoleigentum am Heimaboden fließende Grundrente ist der trügliche Typus einer arbeitlosen, gemeinlichkeitsfeindlichen Rente.

nicht nur riesige Summen in die Reichskasse, sie verteuert auch nicht, sondern drückt die Rente und damit den Preis der Grundstücke herab.

Angesichts dessen ist es unverständlich, daß die Grundrente als Steuerquelle nicht nur nicht genügend ausgenutzt wird, sondern daß sogar die früheren Steuern beseitigt worden sind.

Auf derselben Grundlage ist die Zwangsanzleihe veranlagt. Zu ihr werden die meinsten meinsten Grundbesitzer genannt, die anderen nur eine Winzigkeit beitragen.

Was das bedeutet, zeigt eine Zahl: der Wert des gesamten städtischen und ländlichen Bodens im alten Deutschland (also ohne Gebäude etc.) nur kapitalisierte Grundrente) wurde 1913 auf 100 Milliarden Goldmark geschätzt.

Heute beträgt die einzelstaatliche Grundsteuer meist 1 bis 2 vom Tausend des Wertes (in Bayern hat durchschnittlich jeder Landwirt vierteljährlich ein Gramm Butter als Grundsteuer zu entrichten).

Für wertbeständige Löhne

Mit dieser Angelegenheit, die eine rasche Erledigung erfordert, beschäftigte sich der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund in seinem am Mittwoch den 4. Juli stattgefundenen Bundesauschuss.

Die Entwertung der Papiermark ist seit der Besetzung des Ruhrgebietes in so rasender Weise erfolgt, daß die Anpassung des Lohnes an die stetig sinkende Kaufkraft des Geldes noch weniger als zuvor Schritt zu halten vermag.

Der Ausschuss des ADGB hat eingehend alle Mittel und Wege zur rascheren Angleichung der Löhne an die Teuerung geprüft und empfiehlt den Gewerkschaften, die Tarifverträge mit einem Klausel zu versehen, die den vereinbarten Löhnen innerhalb jeder tariflichen Lohnperiode die Erhaltung ihrer Kaufkraft sichert.

Die Anwendung der amtlichen Wechsler auf die Erhöhung der Löhne während der Dauer der Lohnvereinbarungen ist möglichst durch zentrale Vereinbarungen für alle Arbeiter und Angestellten zu sichern.

Der Bundesauschuss ist nicht im Zweifel darüber, daß durch diese Maßnahme allein die unabdingbar notwendige Wiederherstellung der früheren Lebenshaltung der Arbeitnehmerin noch nicht zu erreichen ist.

Die Entschliebung des Bundesauschusses kann und keineswegs befriedigen. Der Ausschuss hat sich seine Aufgabe verdammt leicht gemacht.

Der Schlusssatz der Entschliebung hätte sich die Sitzung des Bundesauschusses ganz sparen können. Von Regierung, Behörden und Schlichtungsinstanzen zu erwarten, den Gewerkschaften bei Erfüllung ihrer Aufgaben die notwendige Unterstützung zu leisten, ist allerhand.

Der Kampf um den wertbeständigen Lohn darf nicht nachlassen. Die sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstag einen Antrag in dieser Frage eingebracht.

Unter Verband wird sich seiner Pflicht, die Löhne vor einem weiteren Sinken abzuwehren, vollumfänglich bewußt sein. Wir sehen in der Zusammenfassung aller Kräfte zum Kampf für die wertbeständigen Löhne eine Erleichterung des Ringens.

Unter Verband wird sich seiner Pflicht, die Löhne vor einem weiteren Sinken abzuwehren, vollumfänglich bewußt sein. Wir sehen in der Zusammenfassung aller Kräfte zum Kampf für die wertbeständigen Löhne eine Erleichterung des Ringens.





